

STELLENAUSSCHREIBUNG

Az: LJK-VIII.1-E2500/26/1

Die Landesjustizkasse Chemnitz, Abt. VIII des Oberlandesgerichts Dresden, beabsichtigt ab 1. Oktober 2026 die Stelle eines/einer

Beschäftigten (m/w/d) im Kassendienst (bis EG 8,
Fallgr. 1, Abschn. 14 der Entgeltordnung zum TV-L)

unbefristet in Vollzeit (40 Stunden) zu besetzen.

Die Stellenausschreibung richtet sich dabei nicht an voll ausgebildete Justizfachwirte der sächsischen Justiz.

Die Landesjustizkasse in Chemnitz ist eine Abteilung des Oberlandesgerichts Dresden und damit der Dienstaufsicht des Präsidenten des Oberlandesgerichts unterstellt.

Der Dienort ist Chemnitz.

Ihre Tätigkeit hat die rechtlichen Grundlagen in der Sächsischen Haushaltsordnung, dem Justizbeitreibungsgesetz, der Vertretungsverordnung und einschlägiger Verwaltungsvorschriften.

mögliche Aufgaben:

Sachgebiete Vollstreckung und Buchführung:

- Beitreibung von Ansprüchen nach § 1 Abs. 1 Nr. 4 bis 10 JBeitrG unter Nutzung justizspezifischer EDV-Programme
- Verwaltung einer Haushaltsbuchhaltung / Vollstreckungsbuchhaltung mit Kassenaktenführung
- Verwahrungsabwicklung
- Führen / Verwalten der Personenkonten in der Geldstrafenvollstreckung
- Prüfung und Entscheidung (im Rahmen der vorgegebenen Kompetenz) von Sachverhalten der Kostenbeitreibung (z.B. Vollstreckungsmaßnahmen, Entscheidung über Ratenzahlungsgesuche, Vorlagen an den Arbeitsgebietsleiter)
- Vollzug von Kassenanordnungen, Quittungserteilung nach haushalts- und kassenrechtlichen Vorschriften einschl. Feststellung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit bei zugewiesenen Aufgaben
- Tätigkeiten als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

Es besteht Weisungsgebundenheit.

Soweit Sie die nebenstehenden Voraussetzungen erfüllen, bitten wir Sie bis zum **31. Juli 2026** um Zusendung Ihrer aussagefähigen und vollständigen Bewerbungsunterlagen unter Angabe des Aktenzeichens

LJK-VIII.1-E2500/26/1

an die

Landesjustizkasse Chemnitz
- Kassenleiterin -
Jagdschänkenstraße 56
09117 Chemnitz

oder per Mail an
Verwaltung@ljk.justiz.sachsen.de.

Bewerbungen, die nach dem 31. Juli 2026 eingehen, können im Auswahlverfahren keine Berücksichtigung finden.

Als Ansprechpartner steht Ihnen Herr Stopp zur Verfügung,
Tel.: 0371/ 453-6310.

Voraussetzungen für die Tätigkeit:

- erfolgreich abgeschlossene Laufbahnausbildung in der Fachrichtung Justiz (zweite Einstiegsebene der Laufbahngruppe 1)
hilfsweise
Abschluss in einem justizspezifischen Ausbildungsberuf
oder
Ausbildung zum Bürokaufmann/-frau **und** mehrjährige Berufserfahrung als Insolvenzsachbearbeiter/-in in einer Rechtsanwaltskanzlei/Insolvenzverwaltungsgesellschaft bzw. Vollstreckungssachbearbeiter/-in in einem Inkassounternehmen

möglichst

- mehrjährige Erfahrungen im Bereich der Justiz oder im Forderungseinzug/Inkassowesen
- alternativ buchhalterische Erfahrung oder Erfahrung im Bereich einer hausverwaltenden Behörde / der Personalverwaltung
- Erfahrung im Bürger- bzw. Kundenumgang

sowie

- Wille zur Einarbeitung in spezifische Vorschriften sowie EDV-Programme; Kenntnisse in MS-Office-Anwendungen (Word, Excel, Outlook)
- Organisationsgeschick, strukturierte, selbständige, sorgfältige Arbeitsweise, Verantwortungsbewusstsein
- Durchsetzungskraft, sicheres Auftreten im tel. / schriftl. Kontakt mit dem Bürger, Teamfähigkeit
- Einsatzbereitschaft, Belastbarkeit, Flexibilität, Bereitschaft zur Fortbildungsteilnahme
- Bereitschaft, in den verschiedenen Sachgebieten der Landesjustizkasse tätig zu werden.

Was wir bieten:

- umfassende Einarbeitung
- abwechslungsreiches und selbstständiges Arbeiten
- Gleitzeit
- interessante Fortbildungsangebote
- Gesundheitsförderung im Rahmen unseres Betrieblichen Gesundheitsmanagements
- moderne und ergonomisch ausgestattete Arbeitsplätze (el. höhenverstellbare Schreibtische)
- Vergünstigungen im Personennahverkehr (Job-Ticket)
- gute Verkehrsanbindung (A72) sowie Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln
- kostenfreie Parkplätze in unmittelbarer Nähe des Arbeitsplatzes.

Die Stelle ist bewertet bis **Entgeltgruppe 8 TV-L** und teilzeitgeeignet. Auf die Möglichkeit im Einzelfall hinsichtlich einer Anerkennung von förderlichen Vortätigkeiten gem. § 16 Abs. 2 Satz 4 TV-L bei der Stufenzuordnung wird hingewiesen.

Der Anteil von Frauen in der staatlichen Verwaltung ist zu erhöhen. Frauen werden daher ausdrücklich aufgefordert, sich zu bewerben.

Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund sind ausdrücklich erwünscht (§ 8 Abs. 2 SächsIntG).

Auf die bevorzugte Berücksichtigung von schwerbehinderten Menschen bei Vorliegen gleicher Eignung wird geachtet. Schwerbehinderte Menschen oder ihnen gleichgestellte Bewerber oder Bewerberinnen, die die o.g. Voraussetzungen erfüllen, werden daher ausdrücklich aufgefordert, sich zu bewerben. Der Bewerbung ist ein Nachweis der Schwerbehinderung oder Gleichstellung beizufügen.

Es wird um Verständnis gebeten, dass nur vollständige Bewerbungsunterlagen, ggf. einschließlich des Nachweises über die Schwerbehinderung bzw. Gleichstellung, berücksichtigt werden können. Sie erteilen gleichzeitig mit Ihrer Bewerbung Ihr Einverständnis zur elektronischen Verarbeitung persönlicher Daten bis zum Abschluss des Bewerbungsverfahrens. Kosten, die im Zusammenhang mit der Bewerbung entstehen, können nicht erstattet werden.

Sofern Sie sich bereits in einem befristeten oder unbefristeten Arbeitsverhältnis zum Freistaat Sachsen oder einem anderen Bundesland befinden, werden Sie gebeten, gleichzeitig mit der Bewerbung das Einverständnis zur Einsichtnahme in Ihre Personalakte durch die am Auswahlverfahren beteiligten Personen zu erklären.

Datenschutzrechtliche Informationen nach Art. 13 und 14 der EU-DSGVO sind auf der Internetseite des Oberlandesgerichts Dresden (<https://www.justiz.sachsen.de/olg/content/datenschutz.html>) einsehbar.